



Industrie- und Handelskammer
Halle-Dessau

Vollversammlung am 26. Juni 2026

TOP 2 - Bericht des Präsidenten

Thema 1: Rentenreform

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
jeder, der sachlich auf unser aktuelles Rentensystem blickt, sieht: Ohne eine durchgreifende Reform wird es auf Dauer nicht funktionieren.

Die Rentenkommission hat nun vor wenigen Tagen ihre Vorschläge für die Zukunft der Alterssicherung vorgelegt. Nach vielen Jahren kleinteiliger Diskussionen liegt damit erstmals wieder ein Reformpaket vor, das die zentralen Herausforderungen des Rentensystems im Zusammenhang betrachtet. Vieles davon geht aus unserer Sicht in die richtige Richtung.

Das gilt insbesondere für die stärkere Orientierung an der demografischen Entwicklung, für die vorgesehene Kopplung der Regelaltersgrenze an die Lebenserwartung und für die Abschaffung der sogenannten Rente mit 63.

Ebenso richtig ist der Versuch, kapitalgedeckte Elemente zu stärken und die Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung langfristig breiter aufzustellen. Das dies zusätzlich zu den bisherigen Beiträgen erfolgen soll, sehen wir allerdings kritisch, da die Lohnnebenkosten damit weiter steigen und Arbeit in Deutschland erneut teurer wird.

Kritisch sehen wir auch die geplante Abschaffung des Sonderstatus von Minijobs, da sie Arbeitsanreize verringern und insbesondere kleine Einkommen sowie kleinere Betriebe zusätzlich belasten kann.

Auch die Bedeutung von Familien und Kindern für die langfristige Tragfähigkeit eines umlagefinanzierten Systems spielt leider weiterhin nur eine untergeordnete Rolle. Dabei sind Kinder die Beitragszahler von morgen.

Die grundsätzliche Architektur des Systems bleibt weitgehend unverändert. Die Debatte bewegt sich weiterhin innerhalb der bekannten Haltelinien: Beitragssatz, Rentenniveau und Renteneintrittsalter. Im Kern wird darüber diskutiert, an welcher dieser Stellschrauben gedreht werden soll.

Was wir dagegen kaum sehen, sind Überlegungen, wie man den Menschen mehr Wahlmöglichkeiten und insbesondere mehr Eigenverantwortung innerhalb eines verlässlichen Rahmens geben kann.

Genau an diesem Punkt setzt das Hallesche Wahlrentenmodell an.

Denn unabhängig davon, wie die Vorschläge der Rentenkommission politisch bewertet werden: Die zentrale Frage bleibt, wie wir ein Rentensystem gestalten können, das

finanzierbar, generationengerecht und zugleich flexibel genug ist, um unterschiedlichen Lebensrealitäten gerecht zu werden.

Mit dieser Frage haben sich Prof. Brockmeier und ich in den vergangenen Monaten intensiv beschäftigt.

Im Kern geht es um einen Perspektivwechsel: Wir wollen weg von der politisch aufgeladenen Frage, welches einheitliche Renteneintrittsalter für alle richtig ist. Stattdessen schlagen wir vor, den Bürgern innerhalb eines klaren Rahmens mehr Wahlfreiheit zu geben und so die Diskussion um die Haltelinien zu beenden.

Die Grundidee ist einfach: Wer früher in Rente gehen möchte, zahlt während seines Erwerbslebens höhere Beiträge. Wer bereit ist, länger zu arbeiten, zahlt niedrigere Beiträge. Die Entscheidung über den Renteneintritt wird also mit den finanziellen Folgen dieser Entscheidung verknüpft. Wir geben den Menschen damit mehr Verantwortung und mehr Freiheit, ihre Lebensplanung selbst zu gestalten.

Ich möchte an dieser Stelle bewusst nicht zu sehr in die Details gehen. Das Papier haben Sie im Vorfeld mit den Sitzungsunterlagen erhalten. Darin finden Sie die konkreten Überlegungen.

Wir haben das Hallesche Wahlrentenmodell am 4. Juni in Magdeburg öffentlich vorgestellt. Die Resonanz war sowohl regional als auch überregional erfreulich. Unter anderem wurde der Vorschlag auch in der Neuen Zürcher Zeitung aufgegriffen. Das zeigt aus unserer Sicht: Das Thema trifft einen Nerv.

Unser Ziel war nicht, ein bis auf die letzte Nachkommastelle fertiges Modell vorzulegen. Unser Ziel war, einen ernsthaften Reformimpuls in eine Debatte einzubringen.

Deshalb haben wir bewusst frühzeitig den Weg in die Öffentlichkeit gesucht. Darüber hinaus haben wir das Modell auch den Mitgliedern der Rentenkommission sowie den sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Sprechern der Bundestagsfraktionen zur Verfügung gestellt.

Sehr gern möchte ich die Diskussion zur Rentenreform heute ausdrücklich auch in unsere Vollversammlung tragen. Mich interessiert sehr, wie Sie die Debatte um die Rente wahrnehmen.

Ich freue mich auf Ihre Einschätzungen und auf die Diskussion mit Ihnen. Wie finden Sie die Vorschläge der Rentenkommission vom Dienstag?

Thema 2: Landtagswahl Sachsen-Anhalt 2026: Entwicklungen, Erwartungen, Perspektiven

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
kommen wir zu einem weiteren Thema, das uns alle stark beschäftigt: die Landtagswahl am 6. September 2026.

Die Stimmung im Land ist angespannt. Viele Betriebe stehen unter enormen Druck: hohe Kosten, zu viel Bürokratie, fehlende Fachkräfte und wachsende Zurückhaltung bei Investitionen. Zugleich wächst der Eindruck, dass die Politik auf zentrale wirtschaftliche Fragen nicht schnell und entschlossen genug antwortet.

Sehr viele dieser Belastungen werden nicht in Magdeburg entschieden. Aber der Frust darüber kommt hier an — in den Betrieben, bei den Beschäftigten, in den Familien und am Ende auch an der Wahlurne.

Deshalb lohnt der Blick auf das Land: Was entwickelt sich? Was kann Landespolitik leisten? Und welche Perspektive braucht Sachsen-Anhalt nach dieser Wahl?

Bei der Arbeit der Landesregierung nehme ich durchaus wahr, dass sie bemüht ist, ihr Programm umzusetzen. Bewegung sehen wir etwa bei der stärkeren Aktivierung arbeitsmarktferner Menschen. Unsere Betriebe suchen Arbeitskräfte. Gleichzeitig erleben wir, dass Arbeit sich für manche Menschen offenbar nicht mehr lohnt oder nicht ausreichend eingefordert wird.

Deshalb ist es richtig, wenn das Land Arbeitsanreize stärken will. Die geplante Neuauflage der Bürgerarbeit kann hier ein Baustein sein. Sie löst nicht alle Probleme, setzt aber ein wichtiges Signal: Wer arbeiten kann, muss auch mit anpacken. Solidarität bedeutet auch, im Rahmen der eigenen Möglichkeiten zum gemeinsamen Wohlstand beizutragen.

Auch beim Bürokratieabbau sehen wir Bewegung. Der Normenkontrollrat, den wir als Wirtschaft seit langem gefordert haben, ist nun im Parlament beschlossen. Das ist ein wichtiger Schritt. Denn Bürokratie entsteht durch Gesetze, Verordnungen, Formulare, Nachweise und Berichtspflichten. Ein Normenkontrollrat, in dem die Wirtschaft mitwirken wird, kann die Bürokratie hoffentlich schon bei ihrer Entstehung wirksam bekämpfen.

Neben positiven Entwicklungen gibt es aber auch Entscheidungen, die uns enttäuschen. Ein Beispiel ist die jüngste Kabinettsbefassung zum Landesentwicklungsplan. Im Großen und Ganzen enthält dieser Plan vieles, was wirtschaftliche Entwicklung sichert und ermöglicht. Wesentliche Forderungen der Wirtschaft wurden aufgenommen. Das ist anzuerkennen.

Aber beim Gipsabbau im Südharz gab es auf den letzten Metern eine bemerkenswerte Kehrtwende. Das betreffende Vorkommen soll nicht genutzt werden. Es bleibt beim Biosphärenreservat. Für die betroffenen Unternehmen, die regionale Wertschöpfung und die Rohstoffsicherheit ist das ein schwerer Rückschlag.

Wir erwarten vor und nach der Wahl eine Landespolitik, die wirtschaftliche Realität ernst nimmt: die Investitionen ermöglicht, Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigt, berufliche Bildung stärkt, Infrastruktur verlässlich ausbaut und Bürokratie tatsächlich reduziert.

Das zeigt auch die wachsende Aufmerksamkeit von außen. Regionale, nationale und internationale Medien fragen, wie die Wirtschaft auf die politische Entwicklung in Sachsen-Anhalt blickt. Sachsen-Anhalt steht derzeit unter besonderer Beobachtung.

Umso wichtiger ist, dass wir als Wirtschaft unsere Rolle klar definieren. Wir werden nicht in parteipolitische Reflexe verfallen. Aber wir sollten deutlich sagen, was dieses Land wirtschaftlich braucht — und diese Erwartungen an alle Parteien mit derselben Klarheit richten.

Mich interessiert an dieser Stelle, wie Sie die Lage einschätzen.

Was halten Sie von der aktuellen Arbeit unserer Landesregierung? Gern auch anhand einer unterschiedlichen Betrachtung der verschiedenen Ressorts bzw. Ministerien.

Darüber würde ich jetzt gern mit Ihnen ins Gespräch kommen.

Thema 3: Energiepolitik

Meine Damen und Herren,
lassen Sie mich noch kurz auf die Energiepolitik eingehen.

Was uns als Region derzeit besonders umtreibt, ist das Stromversorgungssicherheits- und Kapazitätengesetz. Im Zentrum steht dabei der sogenannte Südbonus. Zwei Drittel der ausgeschriebenen Gaskraftwerkskapazitäten sollen vorrangig in den netztechnischen Süden gehen. Das kann man aus Sicht der Netzstabilität nachvollziehen.

Problematisch ist aber: Auch beim verbleibenden Drittel dürfen Kraftwerksbetreiber aus dem netztechnischen Süden weiter mitbieten. Damit besteht die ernste Gefahr, dass Standorte in Ost- und Norddeutschland am Ende hinten herunterfallen — auch solche, die für Netzstabilität, industrielle Versorgung und regionale Wertschöpfung zentral sind.

Für uns betrifft das insbesondere den Standort Schkopau. Dort geht es nicht um ein regionales Einzelinteresse, sondern um Versorgungssicherheit, industrielle Stabilität und die Frage, ob Ostdeutschland auch künftig ein verlässlicher Bestandteil der deutschen Industrielandschaft bleibt.

Deshalb haben wir uns gemeinsam mit dem Heringsdorfer Kreis an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages gewandt — gemeinsam mit MIBRAG, LEAG, Ontras und zahlreichen Industrieunternehmen. Auch unser Präsidium hat sich an die Landesregierung gewandt. Von dort wurde uns volle Unterstützung für unsere Position signalisiert.

Entscheidend ist nun, was der Bundestag daraus macht. Denn Versorgungssicherheit darf nicht regional einseitig gedacht werden. Wer industrielle Wertschöpfung in Ostdeutschland erhalten will, muss auch die notwendigen Kraftwerkskapazitäten hier ermöglichen.

Genau dafür wird sich das IHK-Präsidium nun noch einmal mit einem Schreiben an die Bundeswirtschaftsministerin einsetzen. Drücken Sie uns bitte an dieser Stelle die Daumen.

Meine Damen und Herren, ich danke für Ihre Aufmerksamkeit!